Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 20. Februar 2019, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 2/2019

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied Gruppe CDU/WBV
Ratsvorsitzender Stefan Becker
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Martin Ehlers
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Christina Heide
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Bürgermeister Uwe Reese
Ratsmitglied Detlef Schön
Ratsmitglied Sebastian Seidel

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial
Ratsmitglied Georg Berner-Waindok
Ratsmitglied Antje Johanna Kloster
Ratsmitglied Petra Stomberg
Ratsmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion
Ratsmitglied Christian Ressel
Ratsmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion
Ratsmitglied Mirco Danner

Mitglied AfDW-Fraktion
Ratsmitglied Thorsten Morisse
Ratsmitglied Irina Morisse-Kappes

Mitglied Die Linke
Ratsmitglied Florian Wiese

Mitglied Freie Wähler
Ratsmitglied Andreas Lang

Dezernenten
Erster Stadtrat Armin Schönfelder
Stadtrat Oliver Leinert

von der Verwaltung
Gleichstellungsbeauftragte Cordula Franke
Fachbereichsleiterin Kommunikation & Koordination Julia Muth
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereichsleiter Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst
Fachbereichsleiter Finanzen Torben Müller

Protokollführerin
Fachbereich Kommunikation & Koordination Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Gesche Marxfeld
Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß
Ratsmitglied Kristian Stoermer

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 20

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 21

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6	Vorstellung des Projektes "Wilhelmshaven has Visions" durch Herrn Hartmut Pfeiffer (Landeskriminalamt Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik, Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit)	
7.1	Verabschiedung einer Resolution betreffend Hebammenstudiengang an der Jade Hochschule	**40/2019**
7.2	Ausschreibung der Stelle des Kämmerers / der Kämmerin (Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion)	
8.1.1	Nachbewilligung zum Haushalt 2018	**38/2019**
8.1.2	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**15/2019**
8.2.1	Berufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes - Jörg Walkenhorst	**6/2019**
8.3.1	80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven - Tammhausen - Entwurfsbeschluss	**19/2019**
8.3.2	Bebauungsplan Nr. 192 – Tammhausen - Entwurfsbeschluss	**18/2019**
8.3.3	Bebauungsplan Nr. 83, 4. Änderung - Himmelreich-Coldewei - 1. Behandlung der Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss	**20/2019**
8.3.4	56. Änderung des Flächennutzungsplanes 1973, Teilbereich 2 - Rüstersieler Groden Nord - Entwurfsbeschluss	**21/2019**
8.3.5	Bebauungsplan Nr. 213 - Geniusbank / Nördlich Niedersachsendamm - Entwurfsbeschluss	**22/2019**
8.3.6	Gem. Antrag Gruppe CDU/WBV, SPD-Fraktion, Gruppe GUS: Änderung B'Plan Marktstraße West Nr. 164 C und 164 A	**507/2019**
8.4.1	Verordnung über die Änderung der Taxenordnung	**5/2019**
8.4.2	2. Änderungsverordnung der "Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven" in der Fassung vom 20.06.2018	**25/2019**
8.4.3	Bekämpfung von Cyanobakterien- (Blaualgen-) Blüten; Aktualisierung des gewässerökologischen Gutachtens Banter See	**32/2019**
8.4.4	Technische Machbarkeitsstudie zur Öffnung des Grodendamms	**33/2019**
8.5.1	Nutzung des "FOC-Geländes" durch die Stadt Wilhelmshaven 2019	**28/2019**
8.5.2	Antrag der AfDW-Fraktion: Prüfung der Rahmenbedingungen für eine Ampelanlage an der Kreuzung Bunsen-/Helmholtzstraße	**500/2019**
8.5.3	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Prüfauftrag Entfernung Schranke Kurt-Schumacher-/Ecke Oldenburger Str.	**502/2019**
8.5.4	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Verlängerung absolutes Halteverbot Bismarckstraße in Fahrtrichtung Osten	**503/2019**
8.5.5	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Aufhebung temporärer Taxistand Mozartstraße (gegenüber Feuerwehr)	**504/2019**
8.5.6	Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Aufhebung temporäre Parkmöglichkeit Bismarckstraße Höhe Hausnummer 171 /ehem. Apotheke	**505/2019**
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
10.1	Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Hebammenstudiengangs an der Jade Hochschule Wilhelmshaven	**509/2019**
11.1	Anfrage AfD-Fraktion : Obdachlosennotunterkünfte	**506/2019**
11.2	Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema "Stiftung Burg Kniphausen"	**508/2019**
12	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Becker eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. von Teichman brachte den folgenden **Dringlichkeitsantrag** für die FDP-Fraktion ein:

„Der Rat möge beschließen:
1. Der Beschluss des Rates vom 24.10.2018 wird insofern aufgehoben als auf die seiner Zeit beschlossene Einschaltung eines Personaldienstleisters verzichtet wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend, d.h. noch in dieser Woche, die Ausschreibung für den Kämmerer/die Kämmererin in der üblichen Weise über Anzeigen etc. vorzunehmen.
3. Dem Rat ist der Text der Ausschreibung am gleichen Tag an dem die Ausschreibung erfolgt per Email mitzuteilen.
4. Die für das Ausschreibungsverfahren notwendigen finanziellen Mittel sind aus Haushaltsresten des Haushalts 2017/18 zu nehmen (siehe hierzu § 116 NKomVG in Verbindung mit § 20 GemHKVO).“

Anschließend begründete er die Dringlichkeit.

Herr Schönfelder erklärte, die Verwaltung könne die Dringlichkeit bestätigen und habe keine Einwände gegen den Antrag. Auch der Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen habe sich für eine schnelle und unbürokratische Ausschreibung der Stelle ausgesprochen.

Die **Dringlichkeit** wurde daraufhin durch den Rat **einstimmig** bei 3 Enthaltungen bestätigt.
Die Tagesordnung wurde um den **Punkt 7.2** „Ausschreibung der Stelle des Kämmerers/der Kämmerin“ **erweitert**.

Herr Jacques erklärte, die SPD-Fraktion ziehe ihren Antrag zu **Tagesordnungspunkt 10.1** zurück.

Oberbürgermeister Wagner informierte, die Verwaltung ziehe die **Tagesordnungspunkte 8.3.1 und 8.3.2** ebenfalls zurück.

Die Tagesordnung wurde daraufhin in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 28.11.2018

Beschluss: - einstimmig zugestimmt –
(bei 1 Enthaltung)

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 28.11.2018 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Berichte vor.

6 Vorstellung des Projektes "Wilhelmshaven has Visions" durch Herrn Hartmut Pfeiffer (Landeskriminalamt Niedersachsen, Kriminologische Forschung und Statistik, Kompetenzzentrum Urbane Sicherheit)

Die Vorstellung erfolgt in der nächsten Ratssitzung am 20.03.2019.

7 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

7.1 Verabschiedung einer Resolution betreffend Hebammenstudiengang an der Jade Hochschule **40/2019**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 18.02.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman lobte das Ansinnen, sah aber noch einige Fragen zu klären: Zunächst interessiere ihn, an wen die Resolution überhaupt gerichtet sein solle, zudem sah er Probleme in der Umsetzung des für diese Ausbildung geforderten dualen Studiums.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, die Resolution richte sich an alle, die unterstützend tätig werden können. Der Vorstoß werde von den umliegenden Landkreisen mitgetragen, die sich allesamt für Wilhelmshaven als Standort ausgesprochen hätten.

Auch die **Herren Hellwig**, **Jacques** und **von den Berg** signalisierten die Zustimmung Ihrer Fraktionen bzw. Gruppen. Der Rat stehe hinter dem Vorhaben, mit dem die Region unterstützt werde und mit dem ein erster Schritt in die richtige Richtung erfolge. Es sei dringend nötig, dem herrschenden Hebammenmangel entgegen zu wirken.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verabschiedung der beigefügten Resolution wird zugestimmt.

7.2 Ausschreibung der Stelle des Kämmerers / der Kämmerin (Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion)

Herr Dr. von Teichman brachte den Antrag der FDP-Fraktion auf Ausschreibung der Stelle des Kämmerers/der Kämmerin ein und begründete diesen anschließend.

Oberbürgermeister Wagner gab zu bedenken, dass eine Veröffentlichung der Ausschreibung bis Ende der Woche nicht möglich sei, da hierfür bereits morgen Redaktionsschluss sei. **Daher beantragte er, den Passus *„noch in dieser Woche"* zu ändern auf *„bis Ende des Monats"*.** Dann habe die Verwaltung Zeit für die Vorbereitung bis zum Ende der kommenden Woche.
Im Übrigen spreche er sich ausdrücklich für eine Umsetzung des Vorhabens mit einem Personaldienstleister aus, da dieser im Gegensatz zur Stadt Direktansprachen durchführen könne. Die Ausschreibung dürfe nicht „verhunzt" werden, da man nur diese eine Chance habe.

Die **Herren Hellwig**, **Jacques**, **Heinemann** und **von den Berg** sprachen sich für den Antrag der FDP-Fraktion aus und zeigten sich mit der von Oberbürgermeister Wagner eingebrachten Änderung einverstanden.

Herr Jaques bat ergänzend um Hergabe des Ausschreibungstextes für die Ratsmitglieder. Ohne diesen könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Nachdem auch **Herr Dr. von Teichman** sich mit der Änderung von Oberbürgermeister Wagner einverstanden erklärt hatte, machte **Herr Becker** darauf aufmerksam, dass zwischenzeitlich seitens der Verwaltung die Versendung des Ausschreibungstextes zugesagt worden sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, ließ **Herr Becker** über den Antrag der FDP-Fraktion mit der von Oberbürgermeister Wagner vorgebrachten Änderung abstimmen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(inklusive Änderung) bei 6 Enthaltungen

Der Rat möge beschließen:

1. Der Beschluss des Rates vom 24.10.2018 wird insofern aufgehoben als auf die seiner Zeit beschlossene Einschaltung eines Personaldienstleisters verzichtet wird.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend, d.h. ~~noch in dieser Woche~~ bis Ende des Monats, die Ausschreibung für den Kämmerer/die Kämmerin in der üblichen Weise über Anzeigen etc. vorzunehmen.
3. Dem Rat ist der Text der Ausschreibung am gleichen Tag an dem die Ausschreibung erfolgt per Email mitzuteilen.
4. Die für das Ausschreibungsverfahren notwendigen finanziellen Mittel sind aus Haushaltsresten des Haushalts 2017/18 zu nehmen (siehe hierzu § 116 NKomVG in Verbindung mit § 20 GemHKVO)

8 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

8.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)

8.1.1 Nachbewilligung zum Haushalt 2018 **38/2019**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die Nachbewilligung in Höhe von 87.000 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2018.

8.1.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **15/2019**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.02.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Stiftung Kulturkreis Wilhelmshaven-Friesland Virchowstr. 21 26382 Wilhelmshaven	3.145,85 €	Geldspende für die Durchführung der Sanierungsarbeiten der „Windwächter“

8.2 Ausschuss für Personal, Datenverarbeitung und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Heinemann)

8.2.1 Berufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes - Jörg Walkenhorst **6/2019**

Herr Heinemann trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal, Datenschutz und Gleichstellungsfragen vom 28.01.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Jörg Walkenhorst wird mit sofortiger Wirkung als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes berufen.

8.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Schön)

8.3.1 80. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven - Tammhausen - Entwurfsbeschluss **19/2019**

Zurückgezogen!

8.3.2 Bebauungsplan Nr. 192 - Tammhausen - Entwurfsbeschluss **18/2019**

Zurückgezogen!

8.3.3 Bebauungsplan Nr. 83, 4. Änderung - Himmelreich-Coldewei - 1. Behandlung der Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss **20/2019**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.02.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004

(BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 1748) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den **Bebauungsplan Nr. 83, 4. Änderung** - HIMMELREICH - COLDEWEI – (aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB) als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01- 02) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 30.11.2018 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des BauGB beigefügt. Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 23).

8.3.4 56. Änderung des Flächennutzungsplanes 1973, Teilbereich 2 - Rüstersieler Groden Nord - Entwurfsbeschluss **21/2019**

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.02.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman machte darauf aufmerksam, dass dafür erhebliche Kompensationsmaßnahmen notwendig seien, da sich auf dem Gelände mittlerweile Biotope mit geschützten Arten entwickelt hätten. Zwar bräuchte die Stadt Gewerbeflächen, aber er bitte, das Gelände so lange wie möglich in seinem natürlichen Zustand zu halten.

Herr Schön entgegnete, im Flächennutzungsplan seien bereits entsprechende Schutzflächen vorgesehen.

Herr Harms wies darauf hin, dass auch an die Bevölkerung im Stadtnorden gedacht müsse und daher dringend auf die Einhaltung der Emissionsschutzwerte zu achten sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung des Geltungsbereiches sowie dem Entwurf der 56. Änderung des Flächennutzungsplanes 1973, Teilbereich 2 **-Rüstersieler Groden-** zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift

8.3.5 Bebauungsplan Nr. 213 **22/2019**
- Geniusbank / Nördlich Niedersachsendamm - Entwurfsbeschluss

Herr Schön trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 12.02.2019 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. **213** -Geniusbank / Nördlich Niedersachsendamm- zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

8.3.6 Gem. Antrag Gruppe CDU/WBV, SPD-Fraktion, Gruppe GUS: Änderung B'Plan Marktstraße West Nr. 164 C und 164 A **507/2019**

Herr Schön trug den gemeinsamen Antrag der Gruppe CDU/WBV, der SPD-Fraktion und der Gruppe GUS vor.

Herr Hellwig beantragte, im letzten Absatz des Antrages die folgende **Änderung** vorzunehmen:
„… Des Weiteren beantragen die Gruppe CDU/WBV, die Fraktion der SPD und die Gruppe GUS die Veräußerung der im städtischen Besitz befindlichen Grundstücke im Planungsbereich an ~~den vorgenannten Investor (Hoppmann Bau GmbH & Co.KG)~~ einen geeigneten Interessenten zum marktüblichen Kaufpreis zwecks zeitnaher Umsetzung des dort geplanten Investitionsvorhabens bzw. den erforderlichen Grundstückstausch für den Durchbau der Schillerstraße zwischen der Marktstraße und der Bahnhofsstraße vorzunehmen.“

In Beantwortung einer Nachfrage von **Oberbürgermeister Wagner** erklärte **Herr Hellwig**, die Reihenfolge der Themen stelle kein Problem dar. Die Grundstücke sollen ausgeschrieben und verkauft werden; der Rat solle darüber entscheiden können, welcher Bieter das beste Konzept vorgelegt habe. Im Übrigen solle der Bebauungsplan nun zügig geändert werden und endlich ein Beschluss herbeigeführt werden. Der Rat habe immer wieder den Standort Marktstraße West gefordert, ohne dass dem gefolgt worden sei. Nun hielten die Unterzeichner des Antrages es für angezeigt, endlich einmal Taten folgen zu lassen.

Der **Änderungsantrag** wurde bei 8 Enthaltungen **einstimmig angenommen**.

Herr Möhle kritisierte die Berichterstattung in der Presse und wies insbesondere den Vorwurf der „Unredlichkeit“ durch den Investor am Schlachthof aufs Schärfste zurück. Dazu zeigte er die Vorgeschichte der Angelegenheit auf. In dem Zusammenhang machte er ebenfalls deutlich, dass es in der Politik keine Kehrtwende gegeben habe, sondern sich insbesondere die CDU-Fraktion von Anfang an für den Standort Marktstraße West ausgesprochen habe.

Herr Dr. von Teichman hielt den Antrag für nicht vollständig durchdacht. Die genannten Unterlagen seien ihm nicht bekannt und könnten daher nicht zur Beurteilung herangezogen werden. Außerdem zeige sich hier einmal mehr ein Beispiel für die Bedeutung von Berichten aus den Gesellschaften. In diesem Fall

wäre der Rat früher über die Pläne in Kenntnis gesetzt worden und hätte früher handeln können. Er gebe außerdem zu Bedenken, dass das Gelände am Schlachthof seit Jahren ungenutzt brach liege und dessen Wiederbelebung durch einen neuen Investor durchaus zu begrüßen sei. Hier erinnere er zudem an den Grundsatzbeschluss, alle nicht benötigten Grundstücke zu veräußern. Einen neuen Markt halte man hingegen für überflüssig. Man vertraue auf die Marktwirtschaft, die die Notwendigkeit schon regeln werde. Die FDP-Fraktion werde sich daher der Stimme enthalten. Es dürfe auch nicht außer Acht gelassen werden, dass der Investor am Schlachthof einen nicht unerheblichen Planungsvorsprung habe und ihm bereits Kosten entstanden seien. Seiner Meinung nach müsse dieser daher weiter unterstützt werden. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke hätte hier früher einschreiten und Bedenken äußern müssen. Zum jetzigen Zeitpunkt seien die Planungen bereits zu weit fortgeschritten, um diese noch zu ändern.

Frau Weinstock gab zu bedenken, dass der Interessent für die Marktstraße bereits eine Option auf das Grundstück habe und bei entsprechender Beschlussfassung umgehend mit der Bebauung beginnen könne. Sie halte eine Ansiedlung in der Marktstraße für durchaus Erfolg versprechend.

Herr von den Berg widersprach der Vorstellung von Herrn Dr. von Teichman bezüglich der Regelungswirkung der Marktwirtschaft. Das Vorhaben am Schlachthof bedeute vielmehr eine Gefahr für die Arbeitsplätze in der Marktstraße und der Nordseepassage. Die Situation in Marktstraße und Nordseepassage sei bereits jetzt bedroht und werde durch die Planungen am Schlachthof noch weiter verschärft. Seine Gruppe sehe den größeren Vorteil in den Planungen für die Marktstraße West, was nicht zuletzt den Vorgaben des CIMA-Gutachtens entspreche. Es müsse auch in der Öffentlichkeit verdeutlicht werden, dass die große Mehrheit des Rates das Vorhaben in der Marktstraße West favorisiere. Hier wolle er Herrn Möhle für die Informationen über die Zusammenhänge und die Historie dieses Sachverhaltes danken. Darüber hinaus müsse auch bedacht werden, dass die neue Bebauung am Schlachthof zusätzliche Flächenversiegelung bedeute. Er sei jedoch optimistisch, dass der Rat im Falle des Zuschlages für die Marktstraße West einen geeigneten Kompromiss für den Investor am Schlachthof finde.

Herr Morisse begrüßte das Vorhaben am Schlachthof. Er gebe zu bedenken, dass die bereits erfolgte Ansiedlung eines Nahversorgers in Bereich Marktstraße West noch nicht zu einer Belebung dort habe führen können; dies werde auch nicht durch das neue Vorhaben geändert werden. Ihm stelle sich zudem die Frage, welche Alternativen denn dem Investor am Schlachthof geboten werden könnten. Das dortige Vorhaben verspreche seiner Auffassung den größeren Erfolg für die Marktstraße; die Marktstraße West eigne sich hingegen eher für Wohnbebauung. Seine Fraktion lehne den Antrag daher ab.

Herr Jacques wendete ein, dass ein seriöser Investor sich etwas von seinem Vorhaben verspreche und keine Ansiedlung wage, um sie gleich wieder zu schließen. Die tatsächliche Entwicklung könne nun einmal niemand voraus sehen. Um die Marktstraße West zu beleben erfordere es Entscheidungen und nicht abwarten. Der aktuelle Zustand müsse dringend verbessert werden, so sei diese Ecke der Stadt kein Aushängeschild für Besucher.

Herr Walpurgis fügte hinzu, ein Discounter am Schlachthof helfe den Gewerbetreibenden in Marktstraße und Nordseepassage auch nicht weiter. Ihm hätten Gespräche mit Bürgern gezeigt, dass auch von dort eine Investition in die Marktstraße West gewünscht werde. Zudem profitiere auch der Rest der Marktstraße von einer Ansiedlung in dem Bereich. Er appelliere, den Antrag zu Herzen zu nehmen und als einen guten Weg zu sehen, die Belange der Bürger ernst zu nehmen.

Herr Tönjes sah es als Aufgabe des Rates, den Markt durch geschickte Ansiedlungen zu regeln. Auch er hielt es für notwendig, die Marktstraße West zu beleben. Am Schlachthof entstünde mit der dort geplanten Ansiedlung ein Nebenzentrum, das mehr Konkurrenz als Chance für die Marktstraße darstelle. Daher sei der Antrag die richtige Entscheidung.

Herr Schön machte darauf aufmerksam, dass das Gelände an der Marktstraße West bereits seit über 20 Jahren brach liege. Er halte das Vorhaben dort ebenfalls für durchaus geeignet, diesen Teil der Marktstraße wieder zu beleben. Ebenso sei es zu begrüßen, dass sich nun ein Investor für dieses Areal interessiere. Das Gelände am Schlachthof halte er hingegen für zu wertvoll, um es nur mit einem Nahversorger zu bebauen. Im Falle der Ansiedlung eines solchen Nahversorgers stünden zudem Verkehrsprobleme durch Kunden und Anlieferer in der Weser- wie auch der Admiral-Klatt-Straße zu befürchten.

Herr Dr. Schulte wendete ein, es werde gerade über ein Vorhaben diskutiert, über das der Rat gar keine Entscheidungsgewalt besitze. Für das Vorhaben am Schlachthof sei der Bauantrag bereits genehmigt, der Rat könne daran nichts mehr ändern. Er halte den Antrag für vernünftig und eine gute Idee, aber dennoch nicht sinnvoll, weil es einen zweiten Einkaufsmarkt nicht geben werde. Der Rat besitze hier kaum Gestaltungsfreiheit. Das Verfahren für die Ansiedlung in der Marktstraße West dauere eine gewisse Zeit, während der das Projekt am Schlachthof immer weiter Form annehmen könne. Es stelle sich die Frage, ob der Investor für die Marktstraße West seine Planungen dann noch umsetzen wolle. Er warne daher vor einer Zustimmung, da der Antrag nur in ein unnötiges Dilemma führe.

Herr Hellwig ging abschließend noch einmal auf die Historie ein: Im Jahr 2014 habe der Rat das Einzelhandelsentwicklungskonzept mit großer Mehrheit beschlossen. Dort sei für den Schlachthof eine zusätzliche Fläche von 3.000 qm für Einzelhandel als verträglich eingestuft worden. Sofern es zu einer tatsächlichen Umsetzung komme, bedeute dies den „Sargnagel“ für den Citybereich. Es liege zudem eine Bitte der Kaufmannschaft an den Rat vor, sich an den Beschluss aus dem Einzelhandelsentwicklungskonzept aus 2014 zu halten. Die Entscheidung des Aufsichtsrates der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft für die geplante Ansiedlung laufe diesem Beschluss jedoch zuwider. Er gebe zu bedenken, dass die Marktwirtschaft auch für die Investoren Risiken bringe. Der Rat jedenfalls sei nicht dafür da, das unternehmerische Risiko zu decken. Auf der politischen Schiene sei aber jeder Vorstoß, das Vorhaben am Schlachthof umzusetzen, abgelehnt worden. Der heute vorliegende Antrag stelle damit die konsequente Fortsetzung der politischen Fahrtrichtung dar. Den Vorwurf der Unredlichkeit in der Presse weise er daher ebenfalls entschieden zurück.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(Inklusive Änderung - bei 3 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen)

Die Gruppe CDU/WBV, die Fraktion der SPD und die Gruppe GUS im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragen unter Berücksichtigung folgender - der Stadtverwaltung vorliegender - Unterlagen:

1. Planungsunterlagen „PLANQuadrat“ vom 6. September 2016,
2. Antrag auf Bauvorbescheid (§ 73 NBauO) der Firma Hoppmann Bau GmbH & Co.KG vom 14. März 2017 (VA 0007/ 2017),
3. Ablehnung der Bauvoranfrage der Stadt Wilhelmshaven (FB 63) vom 17. Juli 2017,
4. Hoppmann Bau GmbH & Co.KG „Antrag auf Änderung der geltenden Bebauungspläne Nr. 164C und 164A ...“ vom 8. Mai 2018,
5. Gutachten Dr. Laudemann & Partner vom 20. Januar 2018,
6. Schreiben der Firma „Jade Immobilien“ vom 5. Dezember 2018 - Reservierungszusage,
7. Schreiben Stadt Wilhelmshaven, Dez. III, vom 6. Dezember 2018,

die Einleitung eines Bauleitverfahrens im beschleunigten Verfahren (gem. § 13a BauGB) zur Änderungen der geltenden Bebauungspläne Nr. 164C und 164A, im Hinblick auf die Errichtung eines Nahversorgers, in der westlichen Marktstraße sowie die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes mit dem entsprechenden Durchführungsvertrag.
Des Weiteren beantragen die Gruppe CDU/WBV, die Fraktion der SPD und die Gruppe GUS die Veräußerung der im städtischen Besitz befindlichen Grundstücke im Planungsbereich an ~~den vorgenannten Investor (Hoppmann Bau GmbH & Co.KG)~~ einen geeigneten Interessenten zum marktüblichen Kaufpreis zwecks zeitnaher Umsetzung des dort geplanten Investitionsvorhabens bzw. den erforderlichen Grundstückstausch für den Durchbau der Schillerstraße zwischen der Marktstraße und der Bahnhofsstraße vorzunehmen.

8.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsfrau Kloster)

8.4.1 Verordnung über die Änderung der Taxenordnung **5/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.02.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman teilte mit, er werde den für diesen Tagesordnungspunkt vorliegenden Änderungsantrag zurückziehen und begründete dies anschließend.

Frau Zaage erklärte, sie werde als Betroffene nicht an der Abstimmung teilnehmen.

Herr Ehlers verlieh seiner Verwunderung über die Ablehnung eines Zuschlages für die Beförderung von Personen in nicht umsetzbaren Rollstühlen Ausdruck. Den Unternehmen werde es damit unmöglich gemacht, die Kosten für den Umbau ihrer Fahrzeuge zum Transport von Rollstuhlfahrern zu amortisieren. Auf diese Weise werde es unmöglich gemacht, der Forderung nach dem Erhalt der Mobilität für alle gerecht zu werden. Auch dass der Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman aufgrund bürokratischer Hindernisse nicht habe eingebracht werden können, entziehe sich seinem Verständnis. Rat und Verwaltung sollten Bestrebungen anstellen, den Unternehmen einen auskömmlichen Tarif anzubieten, da ansonsten die Gefahr bestünde, dass Rollstuhlfahrer von Unternehmen ohne Beförderungspflicht nicht mehr befördert würden. Er appellierte abschließend, umgehend eine Möglichkeit zu schaffen, diese speziellen Fahrzeuge betriebswirtschaftlich zu führen.

Herr Hellwig machte darauf aufmerksam, dass der Änderungsantrag als Antrag zu einem späteren Zeitpunkt erneut gestellt werden könne.

Herr Dr. von Teichman kritisierte die scheinbar ohne Gegenprüfung erfolgte Übernahme der Anmerkungen des Behindertenbeirates.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei 2 Enthaltungen, ohne Beteiligung von Frau Zaage)

Der Rat beschließt die beigefügte **3. Verordnung** zur Änderung derVerordnung über den Betrieb von Taxen sowie über Beförderungsentgelte und -bedingungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen in der Stadt Wilhelmshaven (Taxenordnung).

8.4.2 2. Änderungsverordnung der "Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven" in der Fassung vom 20.06.2018 **25/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.02.2019 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die 2. Änderungsverordnung der „Besonderen Hafenordnung für den Stadthafen Wilhelmshaven“ laut Anlage.

8.4.3 Bekämpfung von Cyanobakterien- (Blaualgen-) Blüten; Aktualisierung des gewässerökologischen Gutachtens Banter See **32/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.02.2019 vor.

Die **Herren Dr. von Teichman**, **von den Berg**, **Hellwig**, **Walzner** und **Jacques** zeigten sich einmütig erfreut über den Beschlussvorschlag. Nun könne sich in aller Ruhe der weiteren Entwicklung des Banter Sees für die Bevölkerung und zur touristischen Nutzung zugewendet werden. Wichtig sei dabei, die Einleitungen weiter zu reduzieren, um die Wasserqualität zu erhalten bzw. weiter zu verbessern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Grundlage der gutachtlichen Untersuchungsergebnisse von BIOCONSULT Schuchardt & Scholle GbR werden die Überlegungen zur Öffnung des Grodendamms zur Bekämpfung von Cyanobakterienblüten im Banter See eingestellt.

8.4.4 Technische Machbarkeitsstudie zur Öffnung des Grodendamms **33/2019**

Frau Kloster trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 06.02.2019 vor.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die „Konzeptionelle Voruntersuchung zur Machbarkeit einer Grodendammöffnung“ zur Kenntnis

Nach Abschluss der Punkte aus dem Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz unterbrach der Ratsvorsitzende Herr Becker die Sitzung für eine **Pause von 17.50 Uhr bis 18.05 Uhr**.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Beratung über die Punkte des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven.

8.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter von den Berg)

8.5.1 Nutzung des "FOC-Geländes" durch die Stadt Wilhelmshaven 2019 **28/2019**

Herr von den Berg trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 08.02.2019 vor.

Herr Dr. von Teichman betonte die Wichtigkeit des Abschlusses einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Eigentümer. Aufgrund der anfallenden Kosten sei aber zu überlegen, inwieweit sich diese Ausgabe lohne. Auf jeden Fall müsse am aktuell unansehnlichen Zustand des Grundstückes etwas geändert werden. Er halte es für unumgänglich, auch weitere Optionen für eine Nutzung zu prüfen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung die Voraussetzungen zur Nutzung des „FOC Geländes“ im Jubiläumsjahr 2019, 150 Jahre Wilhelmshaven, zu realisieren. Hierzu ist eine Vereinbarung mit dem Grundstückseigentümer abzuschließen und das Gelände durch die Stadt Wilhelmshaven herzurichten. Die Kosten für die Herrichtung des Geländes betragen ca. 50 Tsd. Euro.

8.5.2 Antrag der AfDW-Fraktion: Prüfung der Rahmenbedingungen für eine Ampelanlage an der Kreuzung Bunsen-/Helmholtzstraße **500/2019**

Herr Moriße zog den Antrag zurück, da das Thema im Rahmen des Tourismuskonzeptes mit geprüft wird.

8.5.3 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Prüfauftrag Entfernung Schranke Kurt-Schumacher-/Ecke Oldenburger Str. **502/2019**

Frau Weinstock brachte den Antrag ein und begründete diesen anschließend.

Herr Leinert erläuterte die Gründe für die Anbringung der Schranke an der Kurt-Schumacher-Straße. Die damalige Vorgabe habe bis heute Gültigkeit.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-
(bei 9 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung)

Antrag:
Prüfauftrag Entfernung der Schranke an der Kurt-Schuhmacherstraße/Ecke Oldenburger Straße.

8.5.4 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Verlängerung absolutes Halteverbot Bismarckstraße in Fahrtrichtung Osten **503/2019**

Herr Tönjes trug den nächsten Antrag der Gruppe vor und begründete diesen.

Herr Leinert wies darauf hin, die Angelegenheit sei Sache der Verkehrslenkung und werde dort entschieden. Dies falle nicht in den Zuständigkeitsbereich des Rates.

Auf die Frage von **Herrn Tönjes**, warum in dem Bereich noch keine Regelungen getroffen worden seien, erklärte **Herr Leinert**, dass die Verkehrsunfallkommission diesen Bereich für unproblematisch eingestuft habe.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Antrag:
Verlängerung absolutes Halteverbot Bismarckstraße in Fahrtrichtung Osten, Höhe Hausnummer 122 / Einmündung REWE bis Hausnummer 120.

8.5.5 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Aufhebung temporärer Taxistand Mozartstraße (gegenüber Feuerwehr) **504/2019**

Ein weiterer Antrag der Gruppe GUS wurde ebenfalls von **Herrn Tönjes** eingebracht und begründet.

Herr Leinert erklärte, hier sei nicht der Rat, sondern der Eigenbetrieb TBW zuständig.

Herr Becker ergänzte, dass er aus eigener Erfahrung bestätigen könne, dass sich der Betrieb zügig um derartige Dinge kümmere.

Frau Zaage wies darauf hin, das Thema sei in Arbeit; mit den Taxiunternehmen sei bereits Kontakt aufgenommen worden.

Herr Jacques fügte hinzu, jeder könne sich bei derartigen Problemen an die TBW wenden, ein derartiger Antrag sei daher überflüssig.

Herr Becker stellte daraufhin einen **Antrag auf Nichtbefassung**, der bei 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen** wurde.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Antrag:
Aufhebung temporärer Taxistand Mozartstraße (gegenüber Feuerwehr)

8.5.6 Antrag Gruppe GrünUnabhängigSozial: Aufhebung temporäre Parkmöglichkeit Bismarckstraße Höhe Hausnummer 171 /ehem. Apotheke **505/2019**

Der letzte Antrag der Gruppe GUS wurde erneut durch **Herrn Tönjes** eingebracht und begründet.

Da auch hier nicht der Rat, sondern die TBW zuständig war, stellte **Herr Ehlers** einen **Antrag auf Nichtbefassung**. Der Antrag wurde gleichfalls bei 12 Gegenstimmen und 1 Enthaltung **mehrheitlich angenommen**.

Herr Tönjes stellte fest, dass sich der Rat jedoch auch um Kleinigkeiten kümmern müsse.

Beschluss: -Nichtbefassung-

Antrag:
Aufhebung temporäre Parkmöglichkeit Bismarckstraße Höhe Hausnummer 171 / ehem. Apotheke).

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Da der Referent zur Vorstellung des Tagesordnungspunktes 6 „Wilhelmshaven has visions“ verhindert war, informierte **Oberbürgermeister Wagner** anhand einer Präsentation über das Projekt.
Ein detaillierter Vortrag solle in der kommenden Ratssitzung durch eine Vertreterin oder einen Vertreter des Landeskriminalamtes Niedersachsen erfolgen.

(Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

10 Anträge

10.1 Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Hebammenstudiengangs an der Jade Hochschule Wilhelmshaven **509/2019**

Zurückgezogen!

11 Anfragen

11.1 Anfrage AfD-Fraktion : Obdachlosennotunterkünfte **506/2019**

Aufgrund der Abwesenheit von **Herrn Prof. Preuß** verlas **Herr Schönfelder** die Fragen und beantwortete diese anschließend.

„1.: Hat die Verwaltung verlässliche, aktuelle Zahlen bezüglich obdachloser Personen in der Stadt Wilhelmshaven und wie lauten diese?

Dem zuständigen Fachbereich liegen keine verlässlichen Zahlen vor, wie viele Obdachlose sich aktuell im Stadtgebiet aufhalten. Von den 22 Plätzen, die bei der Diakonie in der Marienstraße für Obdachlose zur Verfügung stehen, sind durchschnittlich 18 Plätze pro Nacht belegt.

2.: Gibt es für diese Personen in Wilhelmshaven ausreichende Notunterkünfte, um auch Erfrierungsopfer zu vermeiden und die Versorgung zu sichern? Wenn ja, bei wem werden diese Unterkünfte und in welcher Zahl bereit gestellt?

Sollten die 22 Plätze bei der Diakonie nicht ausreichen, werden im Rahmen der Gefahrenabwehr weitere Räumlichkeiten angemietet. Die durch einen Brand in der Peterstraße obdachlos gewordenen Personen wurden beispielsweise zur Verhinderung der Obdachlosigkeit vorübergehend in städtische Wohnungen eingewiesen.

3.: Gibt es ausreichend Unterkünfte, auch speziell für Frauen, die in diesen Notlagen zur Verfügung stehen?

Bei der Diakonie in der Marienstraße stehen auch Unterkünfte für Frauen zur Verfügung.

4.: Wie ist die medizinische Versorgung dieser Menschen in Wilhelmshaven geregelt und wer ist zuständig?

Die Mehrzahl der Betroffenen erhält öffentliche Leistungen und ist darüber krankenversichert. Ansonsten müsste die Übernahme der Behandlungskosten beim Sozialamt beantragt werden.

5.: Wie wird die Verwaltung in Wilhelmshaven auf diese Probleme reagieren und welche Maßnahmen sind oder werden diesbezüglich geplant?

Sollten die Plätze für die Unterbringung von Obdachlosen kurzfristig nicht ausreichen, werden die Personen im Rahmen der Gefahrenabwehr in anderen Unterkünften untergebracht (CVJM, Hotel, städtische Wohnungen).

6.: Kann sich die Stadt Wilhelmshaven ein solches Projekt auch für Wilhelmshaven vorstellen und wenn ja, was will die Stadt ermöglichen, mit welcher Personenzahl und mit welchen möglichen Trägern, auch bei psychologischer Betreuung?

Bereits jetzt nimmt die Stadt Wilhelmshaven diese Aufgabe wahr und arbeitet mit der Diakonie zusammen, die als Träger über die Wohnungslosenhilfe entsprechende Betreuungsleistungen auch für Frauen erbringt. Vordringliches Ziel ist bereits seit Jahren, obdachlosen Personen unabhängig vom Geschlecht nicht nur einen Wohnheimplatz oder eine Notunterkunft, sondern zügig wieder eine feste Wohnung zu vermitteln. Ehemals Obdachlose, die bereit waren oder sind, ein Wohnungsangebot anzunehmen, werden darüber hinaus über ihr Sesshaft werden noch über längere Zeiträume durch die Wohnungslosenhilfe der Diakonie sozialarbeiterisch begleitet. Dieses bereits bestehende Angebot als Projekt zu deklarieren erschiene nur dann sinnvoll, wenn damit zusätzliche finanzielle Förderung verbunden wäre. Diese Art der Betreuung deckt jedoch die sozialen Notlagen ab."

11.2 Anfrage der FDP-Fraktion zum Thema "Stiftung Burg Kniphausen" **508/2019**

Herr Dr. von Teichman bat aufgrund der Vielzahl der Fragen, diese ebenfalls direkt im Zusammenhang mit der Beantwortung zu verlesen.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte durch **Oberbürgermeister Wagner**.

„1. Wie lange besteht die Stiftung Burg Kniphausen?
Die Stiftung Burg Kniphausen besteht seit dem 10.04.1991.

2. Wer ist an der Stiftung beteiligt?
a. mit welchem Stiftungskapital?
„Beteiligte" an einer Stiftung gibt es in dem Sinne nicht, sondern es gibt „Stifter" und möglicherweise auch „Zustifter".
Stammvermögen 1991: 60.000 DM (30.677,49 €)
20.000 DM: Stadt Wilhelmshaven
20.000 DM: Gerd-Möller-Stiftung
20.000 DM: Werner-Brune-Stiftung
In der Sitzung des Vorstandes der Stiftung Burg Kniphausen am 13. Dezember 2003 wurde beschlossen, dass das Stiftungsvermögen 40.000 € beträgt.
Die Stadt Wilhelmshaven hat hierzu ihre Zustimmung am 26.05.2004 gegenüber der Bezirksregierung Weser-Ems, Dezernat 301, erklärt.

b. mit welchen Personen bzw. Institutionen?
Die Stiftung Burg Kniphausen selbst hatte / hat Mitarbeitende.

c. in welchen Leitungs- bzw. Aufsichtsgremien?
Organe der Stiftung:
***Vorstand** (3 Mitglieder: Stadt Wilhelmshaven, Gerd-Möller-Stiftung, Werner-Brune-Stiftung, Amtszeit: 3 Jahre) und*
***Beirat** (3 Mitglieder: Stadt Wilhelmshaven, Gerd-Möller-Stiftung, Werner-Brune-Stiftung, Amtszeit: 5 Jahre).*
Eine Wiederwahl ist in beiden Organen unbegrenzt zulässig.

3. Wer vertritt die Stadt Wilhelmshaven in welchen Gremien der Stiftung?
Oberbürgermeister Wagner vertritt die Stadt Wilhelmshaven im Vorstand und Bürgermeisterin Glaser im Beirat der Stiftung Burg Kniphausen.

4. Wie oft tagen diese Gremien, wann zuletzt, wann ist daraus an Gremien des Rates berichtet worden?
Die Gremien tagen nach Bedarf, aber mindestens einmal im Jahr zum Jahresabschluss. Zuletzt haben die Gremien getagt am 12.12.2018.

5. Was verwaltet die Stiftung in der Burg Kniphausen, welche Aufgaben hat sie, was waren und sind ihre Ziele, ihr Stiftungszweck?
Stiftungssatzung, § 2 „Stiftungszweck“: „Zweck der Stiftung ist die Förderung der Aktivitäten auf der Burg Kniphausen in Wilhelmshaven. Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die Durchführung künstlerischer und wissenschaftlicher Ausstellungen, wie z. B. Liederabende, Lesungen und Ausstellungen vorrangig in den seitens der Stadt Wilhelmshaven in der Burg Kniphausen zur Verfügung gestellten Räumen (...).“

6. Welche Verträge gibt es mit der Eigentümerin der Burg?
Es besteht ein Mietvertrag zwischen der Stadt Wilhelmshaven und Fr. Svenja Hillebrand für bestimmte Räumlichkeiten und Teile des Außengeländes.

7. Wie lange ist deren Laufzeit?
Nutzungsdauer: 30 Jahre (01.01.1991 – 31.12.2020)

8. Welchen Etat hat die Stiftung?
Der Etat regelt sich nach der Satzung, in der jeweiligen Höhe der Erträgnisse zuzüglich etwaiger Zuwendungen, die die Stiftung erhält. Das heißt, der Etat schwankt von Jahr zu Jahr.

9. Wie kommt dieser zustande, d.h. kann die Stiftung ihre Aufgaben aus den Erträgen des Stiftungskapitals erbringen?
Siehe Antwort zu 8.

10. Welche Summe zahlt die Stadt ggf. jährlich in die oder für die Aufgaben der Stiftung?
Beantwortung im nichtöffentlichen Teil!

11. Wo wird diese Summe verwaltet bzw. in welchem Haushaltstitel findet sie sich?
Im Teilhaushalt 01.

12. Wann ist zuletzt einem Gremium des Rates bzw. der Stadt über die Verwendung der Mittel berichtet worden?
Dies geschieht jeweils mit dem Haushalt in der Aufstellung und dem Jahresabschluss, also zweimal im Jahr.

13. Was ist im Einzelnen mit dieser Summe finanziert worden?
Beantwortung im nichtöffentlichen Teil!

14. Wer kontrolliert die Verwendung der Mittel?
„Der Vorstand der Stiftung Burg Kniphausen verwaltet die Stiftung und führt den Willen des Stifters aus."
Vgl. Stiftungssatzung, § 8 „Rechte und Pflichten des Vorstandes"

15. Was war der Grund für die Ablösung der bisherigen Geschäftsführerin der Stiftung?
Beantwortung im nichtöffentlichen Teil!

16. Was war der Inhalt bisher vom Oberbürgermeister oder/und der in die Stiftung entsandten Ratsfrau Glaser geführten Gespräche mit anderen Beteiligten an der Stiftung?
Dort geht es um die Mitarbeit in Vorstand und Beirat im Rahmen der satzungsmäßigen Regelungen (u. a. die Fortführung der Trauungen im Ahnensaal durch das Standesamt der Stadt Wilhelmshaven und die hierfür notwendigen Voraussetzungen.).

17. Welche anderen Personen wären dies?
Es erfolgt ein Austausch mit den anderen Mitgliedern des Stiftungsbeirates und des Stiftungsvorstandes: Also mit Herrn Dr. Kolschen und Herrn Dr. Gottschalk im Vorstand sowie mit Herrn Lohe und Herrn Milde als Stellvertreter.

18. Was ist deren Aufgabe bzw. Beteiligung an der Stiftung?
Betr. „Beteiligung" sh. Ausführungen zu 1.
Die Aufgabe ist die satzungsgemäße Führung der Stiftung.

19. Ist die Auflösung/Aufgabe der Stiftung Burg Kniphausen in den geführten Gesprächen ein Thema gewesen, welche Gründe sind dafür ins Feld geführt worden, welche Haltung hat hierzu die Stadt Wilhelmshaven?
Beantwortung im nichtöffentlichen Teil!

12 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde, noch Fragen zur Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:00 Uhr

gez.	gez.	gez.
Becker Ratsvorsitzender	Wagner Oberbürgermeister	Rogel Protokollführerin